



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

20. Jahrgang, Nummer 03 / 2023

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

die vielfältigen dezentralen Aktionen am globalen Klimaschutz-Aktionstag (15.9.23) waren ein wichtiges und eindrucksvolles Zeichen: Der Klimawandel schreitet voran und es muss gehandelt werden. Und wenn die Regierenden nicht handeln, sind weitere Proteste erforderlich: Zum Schutz des Klimas, gegen Fluglärm, gegen den Weiterbetrieb von Uranfabriken und gegen die unterirdische Speicherung von CO₂. Mehr zu diesen und weiteren Themen findet Ihr hier im neuen BBU-Newsletter.

Die Arbeit der Umweltschutz-Bürgerinitiativen ist und bleibt weiterhin extrem wichtig, Und wichtig ist da auch das Engagement des BBU als Dachverband. Daher die bekannte Bitte: Unterstützt unsere Arbeit mit kleinen oder großen Spenden und werbt neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Privatpersonen) damit der

BBU einen starken Rückhalt hat und sich weiterhin konsequent für einen echten Atomausstieg und für eine gesunde und lebenswerte Zukunft engagieren kann



BBU-Spendenkonto:
Sparkasse Köln/Bonn,
IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33
Stichwort: Herbst 2023

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch einen goldenen Oktober (und gegebenenfalls angenehme Herbstferien).

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Artenschutz

Mehr als 135.000 Unterschriften gegen Glyphosat

Gemeinsam mit Partnerorganisationen hat das Umweltinstitut München mit einer bildstarken Aktion in Berlin 136.125 Unterschriften an Staatssekretärin Silvia Bender vom Bundeslandwirtschaftsministerium übergeben. Die Unterzeichner:innen fordern von der Bundesregierung, dass sie konsequent mit „Nein“ stimmt bei der Entscheidung über die weitere Zulassung von Glyphosat in der EU.

Quelle und weitere Informationen: <https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/meldungen/ueber-135-000-unterschriften-gegen-glyphosat>

Atomenergie

Erinnerung an die Opfer der Atombombenabwürfe / Protest gegen Weiterbetrieb der Uranfabriken

Am 78. Jahrestag des Atombombenabwurfs über der japanischen Stadt Hiroshima (Sonntag, 6. August) erinnerten rund 40 Mitglieder von Friedensorganisationen und Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem deutsch-niederländischen Grenzgebiet mit einer Mahnwache vor der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau an die Opfer der Atombombenabwürfe im Jahr 1945. Gleichzeitig wurde besonders die

Vernichtung aller Atomwaffen und die Stilllegung der Uranfabriken in Gronau, Lingen und Almelo (NL) gefordert. Unterstützt wurde die Aktion, die der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau angemeldet hatte, u. a. von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, von emsländischen Initiativen und von niederländischen Atomkraftgegnern. Gefordert wurde auch, dass die Bundesrepublik endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet, den bereits rund 90 Staaten unterschrieben haben.

Die Urananreicherungsanlage Gronau des Urenco-Konzerns bietet, ebenso wie die niederländische Schwester-Anlage in Almelo, die technische Grundlage zur Herstellung von Atomwaffen. Schon in den 70er Jahren entwendete ein pakistanischer Wissenschaftler in Almelo Unterlagen zum Bau der Zentrifugen, in denen Uran für Atomkraftwerke, aber auch zur Atomwaffenproduktion, angereichert werden kann. Auf dieser Basis wurde in Pakistan das Atomprogramm aufgebaut und die Technik wurde weiter verbreitet. Massiv umstritten ist die Urananreicherung im Iran, die über den Weg von Almelo / Pakistan in den Iran gelangt ist und dort im Verdacht steht, dem Atomwaffenbau zu dienen.

Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 06.08.2023

NRW-Landesregierung muss neue Atomschrottanlage in Gronau verhindern

Vertreter des Urenco-Konzerns, der in Gronau die einzige Urananreicherungsanlage in der Bundesrepublik betreibt, haben am Donnerstag (10.8.2023) im Bauausschuss der Stadt Gronau neue Pläne vorgestellt. Vordergründig ging es dabei um den Bau neuer Büroräume. Faktisch ging es aber u. a. um Pläne zum Bau einer Atomschrottanlage, in der alte und ausgediente Anlagenteile verarbeitet werden sollen.

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der sich seit vielen Jahren gegen die Urananreicherung engagiert, kritisiert die Pläne des Urenco-Konzerns. Den geplanten Bau einer Halle, in der alte Uranzentrifugen gelagert werden sollen, und den Bau einer Atomschrottanlage, in der die Zentrifugen weiter verarbeitet werden sollen, lehnt der AKU ab. Gemeinsam mit vielen Initiativen und Verbänden fordert der AKU Gronau die sofortige Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage.

„Die Vertreter der Urenco haben kein Wort dazu gesagt, wie und wo der bereits vorhandene Uranmüll sicher und dauerhaft gelagert werden soll, der sich bereits in Gronau befindet. Es wurde nichts dazu gesagt, was mit dem Uranmüll passieren soll, der in der Vergangenheit von Urenco nach Russland exportiert wurde. Und da kommt Urenco jetzt um die Ecke und will in Gronau ein dubioses „Reststoffbearbeitungszentrum“ bauen, ohne zu erläutern, was dort genau be- und verarbeitet werden soll und wo die bearbeiteten Materialien verbleiben sollen“, kritisiert der AKU Gronau.

Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 11.08.2023

Bürgerinitiativen bilden Aktionsbündnis gegen Atommüll-Transporte aus Jülich

Über 100 Menschen versammelten sich am Sonntag (20.08.2023) zu einer Protestkundgebung in Ahaus gegen die geplanten Castor-Transporte aus Jülich:

Wie ein Sprecher der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ erläuterte, wollen das Forschungszentrum Jülich (FZJ) und seine nukleare Entsorgungsgesellschaft (JEN) ihren Atommüll nach Ahaus bringen. Es geht dabei um ca. 300 000 abgebrannte Kugelbrennelemente (Kugel-BE) aus dem stillgelegten Versuchsreaktor AVR. Diese befinden sich in 152 Castor-Behältern. Ab 2024 sollen dann also 152 Straßen-Transporte von Jülich nach Ahaus stattfinden. Eine Testfahrt ohne Behälter hat bereits stattgefunden. Die Transporte sollen durchgedrückt werden, so der Sprecher, obwohl alles dafür spricht, die Kugel-BE in Jülich zu belassen. Denn die für deren spätere Endlagerung notwendigen Konditionierungs-Maßnahmen können in Ahaus gar nicht entwickelt und durchgeführt werden. Vielmehr ist und bleiben dafür JEN und FZJ verantwortlich. Die aber wollen sich dieser Verantwortung entziehen.

Redebeiträge gab es auch von einer Sprecherin der Bürgerinitiative „Stop Westcastor“ aus Jülich, die diese Transporte ebenfalls ablehnt und für einen Verbleib in Jülich eintritt. Wie sie mitteilte, unterstütze selbst der Jülicher Bürgermeister ihre Forderung. Unterstützung bekundete auch ein Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Im Hinblick auf bevorstehende Aktionen gegen die Transporte des Atommülls aus Jülich gaben Bürgerinitiativen aus dem Münsterland, dem Emsland und vom Niederrhein die Gründung eines Aktionsbündnisses bekannt.

Pressemitteilung der BI „Kein Atommüll in Ahaus“, 20.08.2023, Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-ahaus.de>

BBU kritisiert strahlende Wasserentsorgung in Japan

Mit Unverständnis und scharfer Kritik hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die begonnene Einleitung von radioaktiv verseuchten Abwässern der Atomkatastrophe in Fukushima (2011) ins Meer reagiert.

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU kann es kaum glauben, dass gerade in einem Land wie Japan so rücksichtslos mit dem Meer, mit den Tieren im Meer und mit dem Menschen, die von dem Meer und den Meerestieren leben, umgegangen wird. „Gerade Japan kennt die Auswirkungen radioaktiver Verseuchungen. Die Atombombenabwürfe über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki waren extreme Katastrophen für die Bevölkerung, ebenso der massive Atomunfall in Fukushima. Vor diesem Hintergrund ist es unbegreiflich, dass die japanische Regierung die Freigabe des verseuchten Wassers aus Fukushima genehmigt hat.“

In einer Stellungnahme schreibt der Korea-Verband (mit Sitz in Berlin): „Wir sind besorgt, dass sich die Methode der Verklappung radioaktiv verseuchten Abwassers ins Meer etabliert und als bequemste Reaktion auf zukünftige Atomunfälle, oder sogar zur regulären Entsorgung, anerkannt wird. Die radioaktive Verseuchung der Meere ist ein Problem, welche das gesamte Ökosystem und Menschheit betrifft.“

Quelle: <https://koreaverband.de/blog/2023/07/05/radioaktive-verseuchung-der-meere-bei-fukushima-steht-kurz-bevor>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 24.08.2023.

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202023/24.08.23.pdf>

Lagermengen im Freiluft-Uranlager in Gronau: Laut NRW-Landesregierung nun Betriebsgeheimnis / Intransparenz nimmt unter Grün-geführter Atomaufsicht zu

Regelmäßig und über Jahre hinweg gab die NRW-Atomaufsicht in Düsseldorf unter SPD- und FDP-Führung bekannt, welche Mengen an Uranmüll in Form von abgereicherten Uranhexafluorid in dem Freiluftlager der Gronauer Urananreicherungsanlage lagerten. Mit dieser Transparenz ist nun Schluss: In einem Brief vom 01.09.23 an die Anti-Atom-Initiativen im Münsterland teilt NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, die auch die NRW-Atomaufsicht leitet, mit, dass die Betreiber-Firma Urenco die Anzahl der lagernden Fässer nun zum Betriebsgeheimnis erklärt hat und die Atomaufsicht deswegen keine Auskunft mehr geben kann. Ein Großteil der Fässer, ca. 45.000 Tonnen, wurde bis 2020 nach Russland exportiert, ein kleinerer Teil wurde an andere Urenco-Standorte zum Beispiel in Großbritannien verbracht. Die Gronauer Lagerhalle für das weniger gefährliche Uranoxid wird bis heute nicht genutzt. Ob und wie viel Uranhexafluorid derzeit in Gronau lagert ist ebenso unklar wie die Umwandlung in Uranoxid und der Beginn der Einlagerung in die Gronauer Halle.

Aus einer gemeinsame Pressemitteilung (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, BBU) vom 11.09.2023

Foto: Eine von vielen Aktionen / Mahnwachen an der Gronauer Urananreicherungsanlage (14.9.2019)



Nachnutzung des Endlagerbergwerks – BI bleibt skeptisch

Die Nachnutzungspläne der Samtgemeinde Gartow und des Gemeinderats Gorleben für das Gelände des ehemaligen Endlagerbergwerks Gorleben sieht die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) unverändert skeptisch. „Abzuwarten ist, was die Machbarkeitsstudie der Firmen Grean Cells und Blue Elephant Energie, mit der die Räte große Hoffnungen verbinden, bringen. Das Portfolio beider Firmen zeigt, dass sie ihren Fokus auf Solaranlagen richten, aber nicht auf die Geothermie und Wasserstoffspeicherung,“ gibt die BI zu bedenken. Doch genau das müsste eine Machbarkeitsstudie abklären, wenn es um die ab 2024 anstehende Verfüllung des Bergwerks mit dem in der Nachbarschaft aufgehaldeten Salz geht.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 28.08.2023.

Weitere Informationen der BI: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de>

40 weitere Urantransporte aus Russland nach Lingen?

Atomfabrik Lingen hält an Uranimporten aus Russland fest

Das Atommüll-Bundesamt BASE hat mit Zustimmung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) 40 weitere Urantransporte aus Russland zur Brennelemente-Fabrik im niedersächsischen Lingen genehmigt. Die erste Uran-Lieferung erfolgte bereits in der vergangenen Woche. Hierzu erklären Julian Bothe von der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt und Alexander Vent vom Bündnis AGiEL:

„Die skrupellose Geschäftemacherei der Atomfabrik Lingen mit dem Kreml muss endlich ein Ende haben. Seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine hat die Brennelemente-Fabrik im Emsland bereits achtmal Uran aus Russland importiert. Jede Uran-Lieferung beschert dem Kriegstreiber Putin weitere Deviseneinnahmen. Alle Atomkraftwerke, die weiterhin Brennelemente aus Lingen beziehen, und alle Stromkund*innen, die den daraus erzeugten Atomstrom kaufen, unterstützen damit aktiv den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine.“

Die bisherige Genehmigung für die Importe war Ende Mai ausgelaufen. Dass die deutschen Behörden anderthalb Jahre nach Beginn des Krieges nun grünes Licht für bis zu 40 weitere Uran-Lieferungen gegeben haben, ist beschämend.

Aus einer gemeinsamen Presseerklärung von .ausgestrahlt und dem BBU-Mitglied Bündnis „Atomkraftgegner*innen im Emsland“ (AGiEL) vom 13.09.2023

Aktionstag gegen Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus geplant. Bürgerinitiativen aus NRW trafen sich in Ahaus. Kritik an Atommüll-Politik

Am 15. Oktober soll es einen Aktionstag gegen die drohenden Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus geben. Das beschloss die Landeskonferenz der Anti-Atominitiativen in NRW, die am Wochenende in Ahaus

tagte. Anwesend waren über 25 Delegierte aus ganz NRW, darunter auch aus den Atomstandorten Ahaus, Gronau, Jülich und Würiggassen.

„Die geplanten Transporte sind nicht nur riskant, sie sind zudem unsinnig“, so ein Sprecher der Initiativen: „Die Kugelbrennelemente sind in der vorliegenden Struktur, die nicht einmal sauber deklariert ist, keinesfalls



endlagerfähig. Sie müssten abgereichert und konditioniert werden. Entwicklung und Durchführung eines Konzeptes dafür kann aus technischen wie auch rechtlichen Gründen nicht in Ahaus stattfinden. Irgendwann müssten also erneut 152 Transporte zurück nach Jülich oder einen anderen Ort mit den entsprechenden Einrichtungen durchgeführt werden.“

Am 15. Oktober wird es Kundgebungen in Jülich und Ahaus geben, aber auch an verschiedenen Orten entlang der möglichen Transportstrecke. Besonders ins Auge gefasst werden dabei Rheinbrücken, die für mögliche Transporte infrage kommen.

Die Landeskonferenz befasste sich auch mit den Problemen anderer Atom-Standorte in NRW. Auf völliges Unverständnis stießen dabei die Absichten der URENCO, die Produktion der Urananreicherungsanlage in Gronau weiter zu steigern und darüber hinaus weitere Lagerhallen und Bearbeitungsstätten für verstrahlte Zentrifugen zu bauen. Dies stehe in Widerspruch zu dem beschlossenen Atomausstieg in Deutschland, die Anlage müsste stattdessen geschlossen werden.

Auch die Pläne für die Errichtung eines gigantischen zentralen „Bereitstellungslagers“ für schwach- und mittelradioaktiven Müll in Würiggassen, das dem Endlager „Schacht Konrad“ vorgeschaltet werden soll, werden von den Initiativen abgelehnt: Bauliche Probleme und wiederholte Ver-

zögerungen zeigen, dass das stillgelegte Erzbergwerk „Schacht Konrad“ als Endlager völlig ungeeignet ist. Zudem ist das Bereitstellungslager einer Studie der Länder NRW und Niedersachsen zufolge überflüssig. Kriterien des Bevölkerungs- und Strahlenschutzes blieben bei seiner Planung gänzlich unberücksichtigt.

Bei der Konferenz wurde der Blick auch über die Landesgrenzen hinaus gerichtet: Kritik gab es daran, dass für die Brennelemente-Fabrik im benachbarten Emsland weiterhin Lieferverträge mit Russland abgeschlossen würden. Besorgnis lösten auch die Ankündigungen aus den Niederlanden aus, Atomkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Aus einer Pressemitteilung der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen vom 18.09.2023. Vollständiger Text unter <https://www.bi-ahaus.de>

Die Folgen der Atomkraft verhindern Klimaschutz / BI fordert Nachschusspflicht für die Energiekonzerne

Die Ausgaben für die Atomenergiekosten sind heute bereits höher als alle Klima- und Naturschutzmaßnahmen zusammen, allein die Kosten für die Endlagersuche und die havarierten Projekte Asse II belaufen sich für das Jahr 2024 auf 1,15 Mrd. Euro.

Dazu kommen die Kosten für die Zwischenlagerung. Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die nicht einmal für alle 16 Lager für hochradioaktiven Müll zuständig ist, gab im vergangenen Jahr 271 Millionen Euro aus, davon entfielen 191 Millionen auf den Betrieb und rund 80 Millionen Euro auf Investitionen in die Zwischenlager. Ein Kostenpunkt sind auch die 5 Mio. Euro jährlich für den „Betrieb“ der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) Gorleben, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hat wiederholt vorgeschlagen, den geplanten Abriss vorzuziehen.

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2023/07/24/rueckbau-der-pilotkonditionierungsanlage-gorleben-bi-macht-druck/>

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 03.10.2023. Vollständiger Text: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2023/10/03/die-folgen-der-atomkraft-verhindern-klimaschutz>

Bundesweite Atommüllkonferenz am 7. Oktober 2023 in Göttingen

Die Atommüllkonferenz ist ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene und Akteure von den Standorten, an denen Atommüll liegt oder an denen die Lagerung vorgesehen ist. Ausdrücklich erwünscht ist die Teilnahme unabhängiger, kritischer WissenschaftlerInnen und von VertreterInnen von Verbänden und NGOs, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Wichtig ist uns eine Mischung aus Fakten, Erfahrungsaustausch und Absprache gemeinsamer Positionen und Vorhaben.

Quelle und weitere umfangreiche Informationen (z. B. Konferenzprogramm sowie Positionspapiere zu „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken“ oder „Freigabe von radioaktiven Stoffen“:

<http://www.atommuellkonferenz.de>

Buchvorstellung am 10. Oktober 2023 in Lingen

Im Zentrum des Abends steht die jüngst erschienene Stoffgeschichte über «Das unheimliche Element» Uran, geschrieben von dem Umweltjournalisten Dr. Horst Hamm. Das Buch wurde zum „Wissensbuch des Jahres“ nominiert

Der Autor trägt verschiedene Textpassagen vor und schlägt einen großen Bogen, in dem er zeigt, welche Bedeutung Uran für unsere Kultur hat: Von der Entdeckung des Elements Uran im Jahr 1789 über die Entschlüsselung der Radioaktivität durch Marie Curie, die Entdeckung der Kernspaltung durch Otto Hahn rund anderthalb Jahrhunderte später bis zur Entwicklung der Atombombe und letztendlich der zivilen Nutzung der Atomkraft. Abschließend sollen auch aktuelle politische Fragen behandelt werden, die im Zuge des im April vollzogenen Ausstiegs aus der Kernenergie aufkamen, etwa die Rolle der Atomenergie als vermeintlicher „Klimaretter“.

Quelle und weitere Informationen: <https://atomstadt-lingen.de/2023/09/25/das-unheimliche-element>

(Anmerkung der Newsletter-Redaktion: Eine nachahmenswerte Veranstaltung der BBU-Mitgliedsgruppe Bündnis AgiEL)

15. Oktober 2023: Aktionstag gegen Castor-Atommülltransporte

Am 15. Oktober findet in NRW ein dezentraler Aktionstag gegen drohende Castortransporte von Jülich nach Ahaus statt. Initiativen zwischen Jülich und Ahaus sind aufgerufen, sich an Aktionen in Jülich oder Ahaus zu beteiligen oder eigene Aktionen zu planen. Willkommen sind auch Solidaritätsaktionen in anderen Bundesländern. Informationen: <https://www.bi-ahaus.de>, <https://www.westcastor.org>

CCS / CO2-Speicherung

Webinar, 25. Oktober 2023: CCS – Notwendigkeit oder unverantwortliches Risiko?

Webinar mit: Dr. Reinhard Knof (Bürgerinitiative CO2-Endlagerung Schleswig-Holstein); Mittwoch, 25. Oktober 2023, Beginn: 18.30 Uhr; Veranstalter: Netzwerk Ökosozialismus und die Initiative Ökosozialismus:

Quelle und Einwahldaten: <https://www.gegen-gasbohren.de/nachrichten-informationen-und-filme/veranstaltungen-und-termine>

Fluglärm & Klimaschutz

Kurzstreckenflüge untersagen!

In Anbetracht der dramatischen Auswirkungen der Klimaveränderungen und der zwingenden Notwendigkeit gesetzgeberischen Handelns haben 60 Organisationen und Bürgerinitiativen an 15 Flughafenstandorten – darunter alle großen Flughäfen Deutschlands – sowie Einzelpersonen den Aufruf „Kurzstreckenflüge untersagen!“ unterzeichnet. Weitere UnterzeichnerInnen sind willkommen.

Mehr dazu unter <https://kurzstreckenfluegeuntersagen.wordpress.co>



Kampagne „Minus 20% bis 2030“ / Luftverkehr muss Wachstumskurs verlassen!

Ein weiteres Wachstum des Luftverkehrs ist den Menschen in Flughafennähe nicht zumutbar. Zugleich aber würden so die Klimaziele gefährdet, zu denen sich auch Deutschland bekennt.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf:

Die klimaschädlichen Emissionen des Fliegens zu mindern und deshalb die Zahl der planbaren Starts und Landungen an den deutschen Verkehrsflughäfen bis 2030 um 20 Prozent zu reduzieren!

Ausführliche Informationen zur Kampagne und Unterschriftenaktion: <https://minus20bis2030.info>

Die **Aufkleber** für ein Nachtflugverbot (s. Newsetter-Seite 1) und gegen Kurzstreckenflüge gibt es bei flughafen-bi@outlook.de und bei flughafen-bi@posteo.de zum Selbstkostenpreis (30 Cent/Exemplar).

Gasbohrungen

Greenpeace-Simulation zeigt mögliche Schadstoffausbreitung über Naturschutzgebiet vor Borkum

Im Falle einer Havarie an der geplanten Bohrplattform vor Borkum würden austretende Schadstoffe, wie Schwermetalle und aromatische Kohlenwasserstoffe, sehr wahrscheinlich Schutzgebiete und schützenswerte Steinriffe verunreinigen. Das zeigt eine Simulation, für die Greenpeace-Aktivist:innen drei frei schwimmende Bojen an der geplanten Bohrstelle N05a ausgesetzt haben. Die mit GPS-Sendern ausgestatteten Bojen wurden dazu bei Niedrig- und Hochwasser, sowie zwischen den Tiden in die Nordsee eingelassen. Die Strömung trieb alle Bojen nach spätestens 48 Stunden zum Naturschutzgebiet Borkum Riffgrund, nordöstlich der geplanten Bohrstelle. Zwei von drei Bojen landeten bereits nach 24 Stunden bei einem Steinriff in der Nähe des Windparks Riffgat. Das niedersächsische Umweltministerium hatte Informationen über dieses schützenswerte Steinriff vor Borkum lange unter Verschluss gehalten. Erst nachdem Greenpeace dessen Existenz aufdeckte, räumte das Ministerium die Existenz ein. „Wenn die niedersächsische Landesregierung dieses Projekt genehmigt, stimmt sie der Zerstörung von Naturschutzgebieten zu und gefährdet Artenvielfalt vor der eigenen Haustür“, sagt Meeresexperte Manfred Santen. „Das darf Ministerpräsident Stephan Weil auf keinen Fall zulassen.“

Das niederländische Unternehmen One-Dyas will vor Borkum nach Gas bohren und hat in einer Umweltverträglichkeitsprüfung angegeben, die benachbarten Naturschutzgebiete und das UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer könnten nicht durch erhöhte Schadstoffkonzentrationen gefährdet werden. Die Greenpeace-Simulation weist auf, dass diese Behauptung sich nicht halten lässt.

Pressemitteilung von Greenpeace vom 26.09.2023. Vollständiger Text: <https://presseportal.greenpeace.de/230278-greenpeace-simulation-zeigt-moegliche-schadstoffausbreitung-uber-naturschutzgebiet-vor-borkum>

Klimaschutz

BBU wünscht Fridays For Future Ausdauer und den berühmten „langen Atem“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wünscht der Jugend-Umwelt-Bewegung Fridays For Future (FFF) viel Ausdauer und den berühmten „langen Atem“ im Einsatz für den dringend notwendigen Klimaschutz.

Der BBU fordert, dass angesichts von Dürrekatastrophen und extremen Überschwemmungen beim Klimaschutz endlich global und umfassend gehandelt werden muss. Die Bundesregierung und die Regierungen aller Staaten sind dabei in der Pflicht.

Dem BBU ist es wichtig zu betonen, dass die Nutzung der Atomenergie keinen Beitrag zur Lösung der Klimaprobleme leisten kann. Im Gegenteil: Die Nutzung von Atomkraftwerken und Uranfabriken verschärft die Umweltprobleme international. Schon beim Uranabbau wird die Umwelt verseucht, in den Atomanlagen fällt Atom Müll an, der weltweit nirgends sicher gelagert werden kann und jederzeit können sich neue Atomkatastrophen ereignen. Zudem kann die Nutzung der Atomenergie nicht losgelöst von der militärischen Nutzung der Atomenergie gesehen werden. Der BBU fordert daher konsequent die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, weltweit!

Umfassende Informationen zu den bundesweiten und internationalen Aktionen von Fridays For Future sowie zu den Gefahren der Atomenergie findet man u. a. unter <https://fridaysforfuture.de>, <https://fridaysforfuture.org/action-map/map>, <https://www.klima-streik.org>, <https://www.bbu-online.de>, <https://dont-nuke-the-climate.org>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.08.2023.

Tonerschäden

„arbeitssicherheit.de“ zu Tonergerfahren

Personen, die sich aufgrund eines großen Druckauftrags länger neben einem Gerät aufgehalten haben, sollten sich nach Beendigung der Drucksitzung die Hände waschen. Am besten mit Seife und kaltem Wasser, denn einige Tonerarten verkleben, wenn sie in Kontakt mit Wärme kommen.

Quelle und vollständiger Text:

<https://www.arbeitssicherheit.de/themen/gefahrstoffe/detail/gesundheitsrisiko-durch-drucker.html>

Verkehrspolitik

Bewährtes und Neues: Der FUSS e.V.-Abdruck wird größer

Deutschlands Fußverkehrslobby hat bei seiner Mitgliederversammlung (MV) am 16. September den bewährten Vorstand wiedergewählt und eine veränderte Satzung bekommen.

Vor der Frage „Wo gehen wir hin“ steht sinnvollerweise „Wo kommen wir her und wo stehen wir jetzt.“ Auf der Mitgliederversammlung am 16. September beantworteten die Vorstände Paul Bickelbacher, Ruth Hammerbacher, Wolfgang Packmohr, Katalin Saary und Roland Stimpel sowie Geschäftsführer Stefan Lieb sie mit erfreulichen Bilanzen: Stark gewachsen sind die Zahl der Mitglieder, die der Ortsgruppen, die positiven Zahlen auf dem Konto und das Team der Geschäftsstelle.

Selbstverständlich wurden nicht nur Zahlen vorgetragen, sondern auch die vom Vorstand und der Geschäftsstelle in den letzten zwei Jahren geleistete Arbeit präsentiert.

Quelle und vollständiger Text: <https://www.fuss-ev.de/mitgliederversammlung?view=article&id=837:neue-koepfe-und-gruppen-wie-der-fuss-e-v-waechst&catid=83:verein>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2023, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.10.2023. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.